

Interpellation SP-GRÜ-Fraktion:**«Flüchtlinge sind hier: Mit der Situation umgehen, statt gegen verfolgte Menschen hetzen.»**

Der Wunsch der allermeisten Flüchtlinge, die in der Schweiz Schutz suchen ist es, dass sie selbst für sich sorgen können, dass ihnen die Integration in den Arbeitsprozess gelingt. Es stellt sich daher die Frage, ob die heute bereits bestehenden Integrationsbemühungen verbessert werden können – denn es fällt vielen Flüchtlingen und Personen mit vorläufiger Aufnahme schwer, im Erwerbsleben Fuss zu fassen. Ich bitte die Regierung daher um die Beantwortung verschiedener Fragen zu diesem Thema. Da damit vier verschiedene Departemente (DI, SJD, BLD und VD) angesprochen sind, geht es in einem ersten Schritt um eine koordinierte Auslegeordnung.

Fragen zur sprachlichen Integration:

1. Menschen, die in der Schweiz ankommen, sind darauf angewiesen, dass sie möglichst rasch gewisse Deutschkenntnisse erwerben können. Haben Personen, die sich im Asylverfahren befinden, Anspruch auf Deutschunterricht? Ist in Kanton und in allen Gemeinden, die Asylsuchende (Personen mit N-Bewilligung) betreuen, gewährleistet, dass Deutschkurse besucht werden können? Sieht der Kanton hier Handlungsbedarf?
2. Ist in allen Gemeinden gewährleistet, dass Flüchtlinge, vorläufig aufgenommene Flüchtlinge und Personen mit vorläufiger Aufnahme die Möglichkeit haben, Deutschkurse zu besuchen? Sieht die Regierung hier Handlungsbedarf?

Fragen zur beruflichen Integration:

3. Heute wird nach einem positiven Asylentscheid oder im Falle einer vorläufigen Aufnahme eine Potenzialabklärung durchgeführt. Wer ist für diese Abklärung und die Begleitung im Integrationsprozess gestützt auf welche Grundlagen zuständig?
4. Wäre es sinnvoll, diese Abklärungen bereits während des Asylverfahrens durchzuführen?
5. Sieht der Kanton die Notwendigkeit und die Möglichkeit, Personen im Asylverfahren, die nach drei Monaten in der Schweiz arbeiten dürfen, besser bei der Integration ins Erwerbsleben zu unterstützen? Wenn ja, mit welchen Massnahmen?
6. Für Personen im Asylverfahren gilt bei der Stellensuche der Inländer und EU- EFTA-Vorrang, was eine grosse Hürde bei der Stellensuche bedeutet. Könnte man diesen Vorrang national abschaffen – und wäre die Regierung bereit, beim Bund in dieser Frage zu intervenieren?
7. Sieht die Regierung Möglichkeiten, Unternehmen stärker zu sensibilisieren, damit diese Flüchtlinge und Personen mit vorläufiger Aufnahme, die in der Schweiz leben, einstellen, anstatt Arbeitskräfte im Ausland zu suchen?
8. Gibt es Handlungsbedarf mit Blick auf mögliche Ausbildungen für Flüchtlinge und Personen mit vorläufiger Aufnahme, die den Gesamtumständen (z.B. der Beschulung in einem ganz anderen System) Rechnung tragen?
9. Gerade Personen mit vorläufiger Aufnahme haben es schwer, im Erwerbsleben Fuss zu fassen. Die Bezeichnung «vorläufig» ist oft ein Hinderungsgrund, jemanden einzustellen, obwohl viele Leute dauerhaft in der Schweiz bleiben. Gleichzeitig haben sie keine Chance auf Erteilung einer B-Bewilligung, da die Fürsorgeabhängigkeit entgegensteht. Ein Teufelskreis. Sieht der Kanton hier Handlungsbedarf – mit Blick auf die Bewilligung, aber auch mit Blick auf die Sensibilisierung von Unternehmen?

Fragen zum Bewilligungsverfahren:

10. Wie läuft das Bewilligungsverfahren für Asylsuchende im Verfahren, für anerkannte Flüchtlinge und vorläufig aufgenommenen Personen, wenn diese ein Praktikum absolvieren möchten, ab? Wer ist zuständig? Wie läuft es bei einem Stellenantritt? Wer ist zuständig?
11. Wie lange dauert es, bis eine Bewilligung erteilt ist?
12. Sieht die Regierung mit Blick auf das Bewilligungsverfahren bei Stellenantritten und bei Praktika Handlungsbedarf?
13. Wer eine vorläufige Aufnahme hat, darf auch ausserhalb des Wohnkantons arbeiten – jedoch braucht er dafür eine Bewilligung des Kantons, in welchem die Arbeitsstelle liegt. Diese wird regelmässig verweigert. Ist der Kanton bereit, in dieser Frage mit den Nachbarkantonen eine Lösung zu suchen?

Frage aus aktuellem Anlass:

14. Kann der Kanton die Integrationsbemühungen auch dann gewährleisten, wenn die Zahl der ankommenden Flüchtlinge in nächster Zeit nochmals stark ansteigen würde? »

15. September 2015

SP-GRÜ-Fraktion